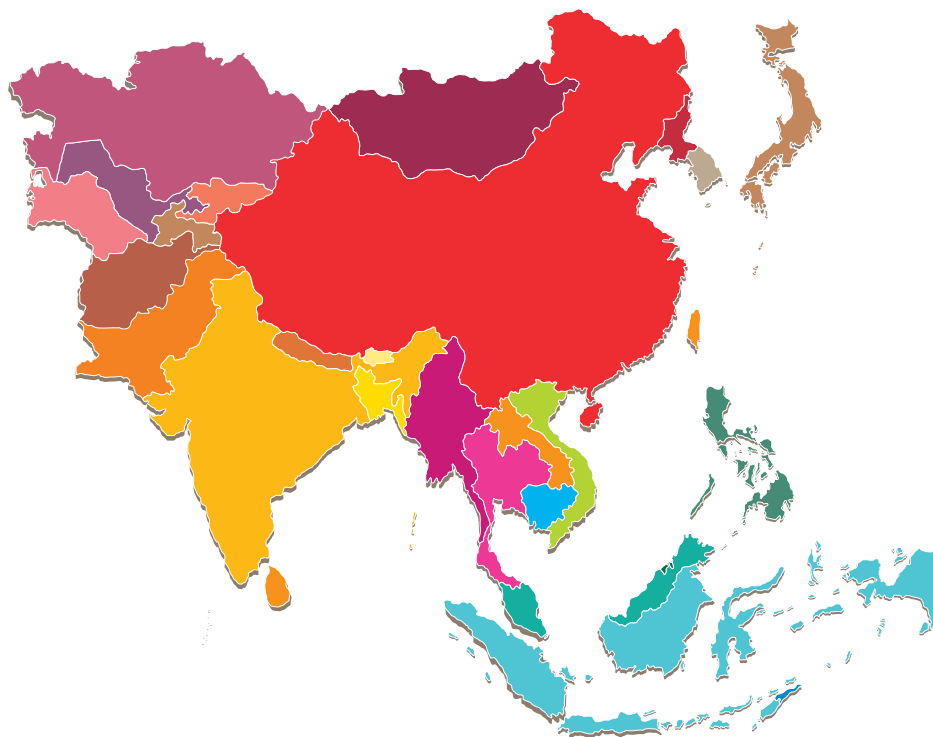




# Asien

Zwischen wirtschaftlichem Aufstieg  
und ökologischem Kollaps



# Inhaltsverzeichnis

## **Yin und Yang**

Einstiege	12
<b>Ein bekannter und fremder Kontinent</b>	<b>18</b>
Gegenwart und Zukunft Asiens	
<i>Von Elisabeth Bially und Ulrich Füber</i>	

## **Licht und Schatten**

<b>Zwischen Verkürzung und Verklärung</b>	<b>26</b>
Europäische Perspektiven auf Asien	
<i>Von Christoph Antweiler</i>	
<b>Aus dem Nähkästchen geplaudert</b>	<b>32</b>
<i>Vier Fragen – neun Antworten aus der Mongolei, Indien und Myanmar</i>	
<b>In gemeinsamer Mission</b>	<b>41</b>
Asiens religiöse Erfahrungen und Ressourcen	
<i>Von Felix Wilfred</i>	
<b>Von der Gewalt vertrieben</b>	<b>49</b>
Fluchtbewegungen in Asien und im Pazifik	
<i>Von Gunnar Stange</i>	
<b>Zivilgesellschaft unter Druck</b>	<b>55</b>
Entwicklung ohne Menschenrechte	
<i>Von Ali Al-Nasani</i>	

## **Wachstum und Grenzen**

- 62 Ein paar Grad mehr Ungerechtigkeit**  
Klimafolgen in Asien  
*Von Kira Vinke*
- 68 Wahnsinn mit Methode**  
Artenschwund in Südostasien  
*Von Oliver Pye*
- 75 Damit die Saat aufgeht**  
Vision für ein gutes Leben auf dem Land  
*Von Anja Mertineit*
- 81 Vom Zerstören einer Kultur**  
Bergbau in der Mongolei  
*Von Jan Felgentreu*
- 87 Modernes Yin und Yang**  
Armutsminderung und klimaneutrale Stadtentwicklung  
*Von Almuth Schaubert*

## **Risiken und Chancen**

- 94 Vorreiter Vietnam**  
Green Growth in Asien  
*Von Michael von Hauff*
- 100 Zwischen Euphorie und Ernüchterung**  
Der steinige Weg zur Demokratie in Myanmar  
*Von Wolfram Schaffar*
- 106 Langwierige Versöhnung**  
Ethnische Konflikte in Sri Lanka  
*Von Jehan Perera*
- 112 Ein Wunsch, der vereint**  
Ausblick: Asien im Jahr 2050  
*Von Urs Schoettli*

## Impulse

Projekte und Konzepte 118

Medien 126

## Spektrum Nachhaltigkeit

**Was bringt die Jamaika-Koalition?** 132  
 Klimaschutz und Landwirtschaft nach der Bundestagswahl  
*Von Antje von Broock und Silvia Bender*

**JEFTA – Droht Fukusushi?** 136  
 Das Handels- und Investitionsabkommen zwischen Europa und Japan  
*Von Alessa Hartmann*

**Sonne und Wind statt Öl aus dem Regenwald** 140  
 Eine ganzheitliche Energiewende für Ecuador  
*Von Stefan Golla*

## Rubriken

Editorial 7

Inhalt 9

Impressum 144

Vorschau 145

---

Für sein inhaltliches und finanzielles Engagement sowie die gute Zusammenarbeit danken wir dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor e.V.

---

**MISEREOR**  
 • IHR HILFSWERK

Das Handels- und Investitionsabkommen zwischen Europa und Japan

## JEFTA – Droht Fukusushi?

Von Alessa Hartmann

Seit März 2013 führen Japan und die EU Verhandlungen über das gemeinsame Handels- und Investitionsabkommen JEFTA (Japan-EU Free Trade Agreement) – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Dabei lohnt es sich, auch bei diesen Verhandlungen genau hinzuschauen. Immerhin ist Japan die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und der zweitgrößte Handelspartner der EU in Asien. Gemeinsam decken Europa und Japan mehr als ein Drittel der gesamten Weltwirtschaft ab, der geplante Deal ist also von ähnlich großer Bedeutung für die EU wie die Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA oder CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada.

Bisher fanden 19 Verhandlungsrunden statt und die Vertragsparteien wollen das Abkommen bis Ende 2017 finalisiert haben. Danach könnte noch 2018 der Ratifizierungsprozess beginnen. Da das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz enthält, wird es nicht nur von EU-Rat und EU-Parlament, sondern auch von den Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen.

Europäische Abgeordnete warnen unter dem Stichwort Fukusushi schon vor radioaktiven Lebensmitteln, die durch JEFTA nach Europa kommen könnten. Denn bei der Verkündung der Einigung zu dem Handels-

vertrag hatten EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Japans Premierminister Shinzo Abe auf dem G20-Gipfel im Juli 2017 auch angekündigt, gewisse Lebensmittelkontrollen abzuschwächen. (1) Doch was droht noch durch das Abkommen? Dank NGOs, die im März und Juni 2017 nicht autorisierte Textteile veröffentlicht haben (Leaking), konnte sich die Zivilgesellschaft das Abkommen in den vergangenen Monaten genau ansehen. (2)

### **Konzernklagerechte und Datenschutz**

JEFTA beinhaltet alle auch in TTIP und CETA verhandelten Themengebiete, beispielsweise Investitionsschutz, öffentliche Dienstleistungen, regulatorische Kooperation, öffentliche Beschaffung, Lebensmittel und Landwirtschaft. Darüber hinaus wird auch ein Kapitel zu Datenhandel und -sicherheit angestrebt. Dieses und das Kapitel zum Investitionsschutz sind die Knackpunkte des Abkommens und auch der Grund, weswegen JEFTA entgegen anderslautender Ankündigungen nicht bis Ende 2017 abgeschlossen sein wird.

Japan möchte ein weitreichendes Kapitel zum Datenhandel, Europa hält sich dagegen eher zurück – noch gibt es keine einheitliche EU-Position, dafür ist das Thema Datensicherheit in der europäischen Bevöl-

kerung zu stark umstritten. Der andere Zankapfel, der Investitionsschutz, ist ebenfalls sehr bedeutend. Denn durch die in JEFTA festgeschriebenen Konzernklagerechte würden die Klagerechte für Konzerne stark ausgeweitet. Bisher konnten japanische Unternehmen europäische Staaten nur aufgrund der Energiecharta verklagen. (3) Das wird sich mit JEFTA ändern – eine erschreckende Perspektive, zumal die japanische Wirtschaft dreimal größer ist als die kanadische. Durch Konzernklagerechte (Investor-State-Dispute-Settlement, ISDS) in Handels- und Investitionsabkommen bekommen Unternehmen damit das Recht, Staaten auf Entschädigungszahlungen zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Menschenrechte gefährdet sehen. Sie klagen dann vor intransparenten Schiedsgerichten, denen drei Jurist(innen) als sogenannte Schiedsrichter(innen) vorsitzen. Eine Klage anstreben können nur die ausländischen Unternehmen. Wenn ein Staat verliert, müssen die Steuerzahler(innen) für die Entschädigungszahlungen aufkommen. In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass Regierungen Gesetzesentwürfe zum Schutz der Umwelt oder der Verbraucher(innen) aus Angst vor Klagen zurückgezogen oder verwässert haben. Mittlerweile gibt es 817 bekannte Fälle, allein 2016 kamen 69 hinzu, Tendenz steigend. (4)

Bei den Verhandlungen um CETA hat die EU-Kommission nach der starken öffentlichen Kritik an ISDS ein reformiertes Investitionsgerichtssystem (Investment Court System, ICS) vorgeschlagen. Dieses enthält aber bis auf einige Verbesserungen in puncto Transparenz dieselben weitgehenden

Rechte für Unternehmen. Nicht nur Umweltorganisationen und Gewerkschaften haben sich deshalb dagegen ausgesprochen, sondern auch Organisationen wie der Deutsche Richterbund.

Falls sich die EU und Japan nicht auf ein gemeinsames Kapitel einigen können – Japan will ISDS, die EU favorisiert ICS –, wäre es möglich, dass die EU das Handtuch wirft und völlig auf das Kapitel verzichtet. Das würde zumindest dazu passen, dass die EU-Kommission derzeit erwägt, Handels- und Investitionsschutzabkommen in Zukunft getrennt voneinander zu verhandeln und ratifizieren zu lassen. (5) Es bleibt spannend, worauf sich die Vertragspartner im Endeffekt einigen werden.

### **Regulatorische Zusammenarbeit**

In TTIP und CETA hochumstritten, enthält auch JEFTA ein Kapitel zur sogenannten regulatorischen Kooperation. Regulatorische Kooperation, also die Zusammenarbeit bei der Gesetzgebung, bedeutet, Standards und Normen der beiden Vertragsparteien einander anzupassen oder gegenseitig anzuerkennen, um Handelshemmnisse möglichst klein zu halten. Problematisch ist das auf mehreren Ebenen: Zum einen beinhaltet JEFTA Vereinbarungen über weitreichende Konsultationen der Vertragspartner über neue Gesetze und damit die Möglichkeit der Vertragspartner, Gesetze zu blockieren oder zu verzögern. Zum anderen bietet das Kapitel ein Einfallstor für die Konzernlobby. Schon vor der Verabschiedung von Gesetzen können Lobbyist(inn)en die Entwürfe einsehen und ihre Anmerkungen machen. Dies ist brandgefährlich, denn ein Ziel großer Unternehmen ist ja, vor allem Kosten zu

minimieren, und das geht bisweilen zulasten der Sicherheit der Verbraucher(innen); oftmals sind die Kosten für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Regulierung höher, als wenn darauf eben kein Wert gelegt wird. Nicht ohne Grund haben Politiker(innen), Gewerkschaften und Zivilgesellschaft die regulatorische Zusammenarbeit in TTIP abgelehnt.

### **Vorsorgeprinzip und Nachhaltigkeitskapitel**

Eine weitere Gefahr droht durch die Verwässerung des Vorsorgeprinzips. Dieses gilt in der EU und besagt, dass Produkte, bei denen ein Risiko für Verbraucher(innen) nicht ausgeschlossen wurde, nicht auf den Markt gelangen dürfen. Dieses fundamentale Prinzip der EU ist im bisherigen JEFTA-Vertragstext nur geringfügig verankert. Hier wird nicht das Vorsorgeprinzip zur Basis der Verhandlungen erklärt, sondern das SPS-Abkommen (Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures) der Welthandelsorganisation (WHO) über die Anwendung von gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen. Dieses definiert, wie Standards gesetzt werden dürfen, um nicht als Handelsbarriere eingestuft zu werden. Das Vorsorgeprinzip, auf dem der Verbraucherschutz in der EU basiert, wird durch das WHO-Recht aber nicht anerkannt.

Ein Verweis findet sich immerhin in dem traditionell nicht sehr einflussreichen Nachhaltigkeitskapitel von JEFTA. Hier wird auf den „Vorsorge-Ansatz“ verwiesen. Allerdings ist auch dies ein Rückschritt, da der Begriff „Ansatz“ generell als juristisch schwächer angesehen wird als der Begriff „Prinzip“.

Die EU-Kommission hatte im Vorfeld behauptet, ein „ambitioniertes Kapitel“ zur Nachhaltigkeit verhandeln zu wollen. Doch leider sind die Bestimmungen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung in JEFTA noch kümmerlicher als die in CETA. Sowohl CETA als auch JEFTA fehlt es an konkreten, bindenden Verpflichtungen im Hinblick auf Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Arbeitsrechte. Das Nachhaltigkeitskapitel deckt unter anderem auch den Handel mit Holz ab. Japan ist weltweit der größte Importeur von Holz und Sperrholz, der zweitgrößte Importeur von Holzstämmen und drittgrößter Importeur von Sägeholz (vgl. S. 68 ff.). JEFTAs Regelungen hinsichtlich Holz sind noch schwächer beziehungsweise weniger präzise als die in CETA formulierten, hinter deren Standards die EU eigentlich nicht zurückfallen wollte. Beispielsweise verpflichtet CETA die Parteien zu kooperieren, wohingegen JEFTA nur die „Möglichkeit“ einer Kooperation einräumt. Sollte CETA wirklich das Beste sein, was die Kommission verhandeln kann, läge JEFTA einen guten Schritt dahinter zurück.

Das Klimaabkommen von Paris wird in dem Nachhaltigkeitskapitel zwar erwähnt, allerdings finden sich darüber hinaus keine Mechanismen zur Umsetzung. Noch schlimmer: CETA erlaubte den Parteien noch, Teile des Abkommens zu missachten, um ihren Verpflichtungen von internationalen Umweltabkommen nachzukommen. JEFTA bietet hier viel weniger Flexibilität. Es scheint sogar so, als würden die Vereinbarungen darüber, wie die einzelnen Parteien sich an internationale Abkommen zu halten haben, bewusst vage genug formuliert, um Möglichkeiten zu bieten, diese zu umgehen. So

steht in dem Nachhaltigkeitskapitel explizit, dass nichts innerhalb des Abkommens eine der Parteien davon abhalten soll, die Maßnahmen von multilateralen Umweltschutzabkommen umzusetzen – vorausgesetzt, sie diskriminieren dabei nicht die andere Vertragspartei oder schränken den Handel ein.

### **Zivilgesellschaft ist alarmiert**

Das alles zeigt, dass JEFTA kein Abkommen im Sinne der Verbraucher(innen) und der Umwelt ist. Die EU-Kommission hat aus den Verhandlungen über TTIP und CETA offenbar nichts gelernt: Ein nachhaltiges und gerechtes Handelsabkommen, das eine Antwort auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben kann, sieht anders aus!

Die Zivilgesellschaft in Japan und Europa ist alarmiert. Schon vor den geleakten Verhandlungskapiteln haben sich Vertreter(innen) von NGOs vernetzt. Neben gemeinsamen Statements zum G20-Gipfel gibt es auch physische Treffen, um weitere Schritte zivilgesellschaftlichen Widerstands zu planen. Einen Erfolg konnten die Gegner(innen) bereits feiern: Das Abkommen ist nun auch in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Spannend wird es, wenn die Ratifizie-

rung des Abkommens in den EU-Wahlkampf fällt. Die Kandidat(inn)en müssten hier Farbe bekennen. Und auch der Deutsche Bundestag und der Bundesrat müssten JEFTA ratifizieren, zumindest wenn der Investitionsschutz Teil des Abkommens bleibt. Sollte Deutschland eine Jamaika-Regierung bekommen, müssten die Abgeordneten der Grünen, die sich in der Vergangenheit gegen solche Abkommen ausgesprochen haben, Flagge zeigen und JEFTA ablehnen. ———

### **Anmerkungen**

(1) vgl. White, Samuel (2017): MEPs Fear Exposure to Radioactive 'Fukusushi' if EU Relaxes Japan Import Controls. [www.euractiv.com](http://www.euractiv.com) vom 7.9.2017

(2) Die geleakten Dokumente finden sich unter <https://trade-leaks.org>

(3) Die Energiecharta ist eine politische Erklärung der Prinzipien der internationalen Energiebeziehungen, darunter Handel, Transit und Investitionen. Die Klage des Energiekonzerns Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Atomausstiegs beruft sich beispielsweise auf den Energiecharta-Vertrag.

(4) vgl. Stierle, Steffen (2017): Handelsabkommen bald reine EU-Angelegenheit? [www.euractiv.de](http://www.euractiv.de) vom 11.9.2017

(5) <http://investmentpolicyhub.unctad.org/ISDS>

---

### **Zur Autorin**

Alessa Hartmann, geb. 1980, ist Historikerin und seit 2014 Referentin für internationale Handelspolitik bei PowerShift. Zudem koordiniert sie die AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung, in der deutsche NGOs zu Handelspolitik arbeiten.

### **Kontakt**

Alessa Hartmann

PowerShift e.V.

E-Mail [alessa.hartmann@power-shift.de](mailto:alessa.hartmann@power-shift.de)

---